

# Sonderteil IV

## 50 Jahre Unabhängigkeit auf dem Subkontinent



# Bürgerbewegungen in Indien

Von Deepti Priya Mehrotra

Indien konstituierte sich als unabhängige Republik im Jahr 1947, als Ergebnis eines auf breiten Gruppen der Bevölkerung fußenden Kampfes gegen die Kolonialherrschaft. Trotz der Gründung Pakistans, als einer von Indien separierten, souveränen Nation und den sich daraus ergebenden gewaltsamen Unruhen, herrschte in Indien eine allgemeine Zufriedenheit über die Befreiung vom Kolonialjoch.

Viele gesellschaftliche Kräfte machten sich daran, mitzuhelfen, den jungen Staat zu stabilisieren, seine Wirtschaftspolitik mitzuplanen, Programme zur Dorfentwicklung zu entwerfen und auf vielgestaltige Weise einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Bis in die späten fünfziger Jahre war das Volk intensiv einbezogen in den Prozeß des 'nation-building' und die Führung der 'Congress'-Partei dabei war allgemein anerkannt.

Eine Ausnahme bildete die 'Communist Party of India' (CPI), die die Kolonialherrschaft durch eine nationale Bourgeoisie ersetzt sah, der jedweder Bezug zu den arbeitenden Klassen fehlte. 1946 organisierte die CPI in der südindischen Region Telangana eine Bauernrevolte, die über 2.000 Dörfer umfaßte und bis 1951 anhielt. Vornehmlich bestanden die Teilnehmer an diesen Aufständen aus armen niederkastigen bzw. Adivasi-Bauern und aus landlosen Arbeitern. Ab 1948 reagierte der indische Staat mit militärischen Mitteln auf die Agitation.

Die ersten gesamtindischen Wahlen wurden 1951/52 abgehalten. Der Versuch sozialer Reformen wurde unternommen, zum Beispiel Gesetze gegen Bigamie und eine Quotenregelung für Bildungseinrichtungen und Arbeitsplätze erlassen. Wirtschaftlicher Wandel wurde initiiert in den Bereichen Industrialisierung und Landverteilung. Die Bundesstaaten wurden auf starken öffentlichen Druck nach sprachlichen Kriterien neu aufgeteilt, die ehemaligen Fürstenstaaten in die Union integriert.

Wirksame Landreformen blieben in den meisten Landesteilen Indiens jedoch aus. Stattdessen lancierte die Regierung sogenannte "Dorfentwicklungs-Programme". Die Industrialisierungsstrategie, die man wählte, war kapitalintensiv und ignorierte die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit.

Zu Ende der 50er machte sich Unmut breit. Die Menschen waren nicht mehr zufrieden mit der herrschenden Führung und ihrer Politik. Die indischen Kommunisten und Sozialisten wie Lohia und Acharya Kripalani meldeten Kritik an und debattierten alternative Strategien für die nationale Entwicklung, aber niemand war in der Lage, diese in Delhi, dem Zentrum der Macht, umzusetzen.

Die 60er Jahre erlebten deshalb eine verstärkte Formierung sozialer und politischer Kräfte in Form sozio-politischer Bürgerbewegungen - von Bauern, Frauen, nieder-kastigen und Arbeiterbevölkerung. Aufruhr regte sich, und dieser wurde zum Medium für die Unzufriedenheit, den Widerstand, aber auch für die Kreativität der Menschen.

In den 50er und 60er Jahren setzte sich der Alt-Gandhianer Vinoba Bhave an die Spitze einer landesweiten "Landschen-

kungs-Kampagne", die an den guten Willen von Grundbesitzern appellierte, einen Teil ihres Bodens an die Armen zu vergeben. Wie die Anstrengungen der Regierung in puncto Landreform mittels Gesetzgebung bzw. Strafsanktionen, erzielten auch diese gandhianischen Versuche einen nur bescheidenen Erfolg.

Die marxistisch-leninistische Partei initiierte im Bundesstaat West-Bengalen eine große Bauern-Revolte, die zu Ende des Jahrzehnts in beachtliche politische Unruhe mündete. Die "Naxalitische Bewegung" - so benannt nach dem Ort 'Naxalbari', einem der Hauptzentren der Mobilisierung und des Widerstands - verfolgte eine Politik der Isolierung und der Annulierung von Großgrundbesitzern. Studenten namhafter Hochschulen, die der wohlhabenden Mittelschicht angehörten, traten der Bewegung bei, die sich indes hauptsächlich aus armen Bauern bzw. landlosen Arbeitern und Adivasi-Bevölkerung rekrutierte. Ihre gewaltsame Landnahme und die Schaffung sogenannter "befreiter Zonen" erzeugte in der politischen Führung Panik. 1971 reagierte der Staat massiv, arreitierte und tötete eine Vielzahl von Aktivisten. Die Naxaliten-Bewegung wurde zunächst zerschlagen, doch erstand während der nächsten Jahrzehnte wieder neu, und zwar in Andhra Pradesh und Bihar.

In den 60er Jahren zeigte sich auch der Nordosten Indiens als Unruhegebiet und die ersten separatistischen Bewegungen gruppierten sich. Sie vertraten nicht zuletzt die Interessen der Stammesbevölkerungen. Zu den gängigen Kampfinstrumenten wurde die Guerilla-Kriegsführung. In Nord- und Zentralindien fanden auch zahlreiche kommunalistische Unruhen statt.

Eine Folge der multidimensionalen gesellschaftlichen Krisen war die Entstehung tausender Nichtregierungsorganisationen (NRO) und sozialer Aktionsgruppen. Der sozialistische Politik-Veteran Jaya Prakash Narayan rief eine Bewegung zur Verwirklichung der "totalen Revolution" ins Leben, mit dem Ziel die Lebenssituation von Bauern, Landarbeitern, Niederkastigen, Arbeitern und Frauen zu verbessern. Tausende von enthusiastischen und idealistischen jungen Leuten schlossen sich dieser Bewegung an. Mit der schrecklichen Hungersnot in Bihar 1967 wurde die 'JP-Bewegung' zum Brennpunkt der oppositionellen Kräfte.

## Die siebziger und achtziger Jahre

Die frühen 70er Jahre wurden Zeuge der Geburt der 'Chipko'-Bewegung, einer konzentrierten Aktion von Landfrauen, die ihre Umwelt und natürlichen Lebensgrundlagen schützen wollten. Es waren Frauen, die in den Bergen des zentralindischen Uttarakhand lebten. Kommerzielle Interessen, gepaart mit denen staatlicher Behörden wie der Forstverwaltung, führten dort zum Einschlag der Wälder, die der einheimischen Bevölkerung als Ressource für Brennholz und zum Schutz von Böden und Grundwasser dienten. Es war Gaura Devi, eine hochbetagte Analphabetin aus einem winzigen Dorf, die die Frauen ihrer Gegend dazu aufrief, die Bäume zu umarmen, damit sie vor dem Abholzen bewahrt blieben. Die von dem Holzkonzern gedungenen Baumfäller wurden gezwungen, mit ihren Äxten und Sägen wieder abzuziehen. Die 'Chipko'-Bewegung war wirkungsvoll und verhinderte



In Indien hat sich nach der Unabhängigkeit eine breite Bürgerbewegung entwickelt (Foto: O. Ajithkumar)

eine massive weitere kommerziell motivierte Waldzerstörung.

Von dem Erfolg angespornt, protestierte die 'Chipko' fortan auch gegen die Vernichtung der Gebirgsnatur durch das Anlegen von Minen und gegen große Staudammprojekte, mit ihren sozial und ökologisch verheerenden Folgen. Unruhen flammten in zahlreichen Landesteilen Indiens auf. Die Agitation von ausgebeuteten Arbeitern und Unberührbaren verstärkte sich. Die 'JP-Bewegung' setzte ihr Engagement mit regionalem Schwerpunkt auf das ländliche Bihar mit Macht fort. Ähnliche Organisationen entstanden im Westen Indiens, zum Beispiel in Gujarat.

Auch die Arbeitnehmerschaft protestierte gegen die Politik der Zeit, was sich bereits 1960 mit dem großen landesweiten Eisenbahnerstreik angekündigt hatte. Die Angestellten der Post und der Regierungsbürokratie folgten mit weiteren Streiks.

Im politischen Zentrum Delhi wuchs sich die Besorgnis zur Panik aus. Premierministerin Indira Gandhi propagierte seit 1971 den populistischen Slogan "Garibi Hatao" ("Besiegt die Armut"). So wurden denn auch einige Maßnahmen zur Schaffung kurzfristiger Arbeitsplätze sowie Wohnungsbau- und Ernährungssicherungsprogramme ergriffen. Leider waren sie vollkommen unzureichend. Die Armut im unabhängigen Indien

wuchs, statt zurückzugehen. Es gab steigende Massenarbeitslosigkeit, eine nach wie vor hohe Analphabetenrate; die Statistiken über den allgemeinen Gesundheitszustand der Inder sprachen eine düstere Sprache und die Bevölkerungszunahme war immens.

### Die Zeit der Notstandsgesetzgebung

Im Juni 1975 rief die Indira Gandhi-Administration - um ihren eigenen Kopf zu retten - den nationalen Ausnahmezustand aus. Eine Periode extrem zynischer, autoritärer Herrschaft begann, die eine aggressive Spielart der Entwicklungsdiktatur darstellte, in der sich das unterdrückte Volk Zwangsmaßnahmen wie "Freiwilliger Sterilisation" oder "Slumsanierung" ausgesetzt sah.

Bei den Wahlen im März 1977 bekam die 'Congress'-Partei dafür die Quittung. Zum ersten Mal gelangte in Delhi eine Nicht-'Congress'-Regierung an die Macht, in Gestalt der 'Nationalen Front', deren Hauptakteur die 'Janata Dal' war. Die neue Regierung machte sich daran, Kleinindustrien und den Landwirtschaftssektor zu fördern, um damit den Interessen breiter Bevölkerungsteile zu entsprechen. Leider brachte sich die Regierungskoalition durch innersparteiliche Rankünen sehr bald wieder zu Fall.

1980 sah sich die 'Congress'-Partei

wieder zurück an der Macht. Die Notstandszeit und ihr Ende generierten eine Stärkung der demokratisch orientierten Kräfte. Die 'Peoples Union for Civil Liberties' (Volksunion für bürgerliche Freiheiten) und die 'Peoples Union for Democratic Rights' (Volksunion für demokratische Rechte) konstituierten sich, um für den Schutz der Bürger gegen staatliche Willkür einzutreten.

Auch die indische Frauenbewegung trat in eine neue Phase ein, mit einer großen Zahl neu entstandener Gruppen, sowohl in ländlichen wie in städtischen Gebieten. Die Ausrufung des Jahres 1975 zum "Internationalen Jahr der Frau" gab auch den Frauenorganisationen in Indien frischen Auftrieb. Sogar ältere, aus der Unabhängigkeitsbewegung stammende Frauengruppen wie die 'National Federation of Indian Women' oder die 'All-India Womens Conference' reanimierten sich. Neue Organisationen erblickten das Licht der Welt, wie 'Manushi', 'All-India Democratic Womens Association' oder das 'Forum against Rape'. Dieser Trend setzte sich bis in die 80er Jahre hinein fort.

Eine der bedeutendsten Gruppen ist 'Womens Voice'. Sie wurde von Ruth Manorama ins Leben gerufen und repräsentiert niederstammige und unberührbare Slumbewohnerinnen im südindischen Bundesstaat Karnataka. Die Arbeit der von Ela Bhatt angeführten 'Self-Em-

ployed Womens Association' (SEWA) muß ebenfalls hier Erwähnung finden. SEWA hat Untergruppen in verschiedenen Landesteilen Indiens und leistete Pionierarbeit bei der Etablierung von Gewerkschaften und Arbeitnehmerinnen-Vertretungen für im informellen Sektor arbeitende Frauen.

Nicht wenige der neuen Frauengruppen wollen "autonom" agieren, d.h. unabhängig von jedweden Parteien und Gewerkschaften. Als Agitationsthemen fokussieren sie: Gewalt gegen Frauen, gesundheitliche Versorgung, sexuelles Selbstbestimmungsrecht und die Förderung staatlich sanktionierter Frauenrechte.

Die 80er Jahre gestalteten sich als ein Jahrzehnt turbulenter Ereignisse, und diverse soziale und politische Kräfte schossen aus dem Boden oder reorganisierten sich. Das passierte auch an der "Arbeiterklassen-Front". Früher waren es die großen traditionellen Gewerkschaften wie AITUC, INTUC und HMS gewesen, die für die Arbeiter, insbesondere die im industriellen Sektor Beschäftigten, eingetreten waren. Aber die Arbeiter zeigten sich nun frustriert und enttäuscht über die Überbürokratisierung dieser Organisationen, die eher zum Teil des herrschenden Systems geworden waren, als daß sie eine reale Alternative zu den bestehenden und verkrusteten Institutionen und der Politik offerierten.

In Bombay, dem industriellen Zentrum Indiens, streikten 1982 über 200.000 Arbeiter aus 60 Textilfabriken. Das bedeutete - hochgerechnet auf deren Familien - daß zehn Millionen Menschen über 16 Monate lang dem Hunger ausgesetzt waren. Die unter schwierigsten Bedingungen realisierte Aktion wurde von dem charismatischen Arbeiterführer Datta Samant organisiert. Leider wurde jedoch keinem einzigen der Forderungen von der gegnerischen Seite entsprochen: Weder gab es eine Lohnerhöhung, eine Verbesserung der Gesundheits- und schulischen Versorgung für die Kinder der Arbeiter, noch eine Verbesserung der Wohnverhältnisse. Stattdessen profitierten sogar eine Reihe von Fabrikbesitzern von dem Streik, indem sie nämlich unlukrativ gewordene Betriebe einfach schließen konnten, ohne daß die große Anzahl der dadurch arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer irgendeine Betriebsrente oder Abfindung bekommen hätte. Die Regierung ergriff Partei zugunsten der Unternehmer, verteidigte unverblümt deren Interessen und beschimpfte die Arbeiter als "gewalttätig" und "fehlgeleitet". 1984 brach der Arbeitsprotest zusammen.

Das machte den Weg frei für unabhängige freie Gewerkschaften. Den Anfang solcher Neugründungen hatte schon 1977 in der zentralindischen minenrei-

chen Region Chattisgarh der Arbeiter Shankar Guhar Nyogi mit seiner Minenarbeitergewerkschaft 'Chattisgarh Mines Shramik Sangh' (CMSS) gemacht, die sich dann zu einer großen Bewegung für ein alternatives Entwicklungsmodell im industriellen Bereich entwickelte. Die CMSS trat für eine beschäftigungsintensive Modernisierungsstrategie, für eine gesundheitliche und soziale Absicherung der Arbeitnehmer und eine spürbare Anhebung der Lebensqualität der Arbeiter und ihrer Familien ein. Mit ihrer roten und grünen Flagge vertrat die Gewerkschaft die Interessen sowohl der Industriearbeiter in den Minen wie auch der Landarbeiter in der Region. Die Organisation wuchs stetig an und bedrohte zunehmend die korrupte, arbeitnehmerfeindliche Politik des Staates. 1991 wurde Nyogi ermordet, vermutlich hatten mächtige Industriebosse dazu den Auftrag gegeben.

### Zunehmender Einfluß der Umweltbewegung

Die 'Chipko'-Bewegung etablierte sich in verschiedenen Landesteilen als eine der führenden Umweltgruppen. In Südin Indien konnte zudem die 'Appiko'-Kampagne einige Erfolge in puncto Schutz der Wälder verbuchen. Im sogenannten "Stillen Tal", einem von kommerziellen Abholzungsinteressen bedrohten Gebiet, bildete sich ebenfalls eine Naturschutzorganisation. Allmählich formierten sich, allerdings nur rudimentär, auch Anti-Atomgruppen. Die Bhopal-Tragödie von 1984 (bei der viele tausend Menschen, die in der Umgebung der 'Union-Carbide'-Fabrik wohnten, durch Austreten des Giftgas ihr Leben verloren) erzeugte erstmals Bürgerproteste gegen gefährliche Industrien und Giftproduzenten.

In den späten 80er Jahren formierte sich eine Kampagne, die in den nächsten Jahren sehr aktiv werden sollte: die 'Narmada Bachao Andolan' (Rettet die Narmada). Sie richtet sich gegen ein Mega-Staudammprojekt am Narmada-Fluß, welches den Bau von 30 großen, 135 mittelgroßen und 300 kleineren Dämmen beinhaltet, durch den man zwei Millionen Adivasis aus 245 Dörfern zur Umsiedlung zwänge und große Regionen fruchtbaren Landes ertränkt würden. Die Führerin der Anti-Narmada-Bewegung, Medha Patkar, der es gelungen war, die Unterstützung vieler tausend Dorfbewohner wie auch von Mittelschicht-Angehörigen zu gewinnen, entlarvte die Versprechungen der Befürworter des Projekts im Hinblick auf Energieerzeugung und Bewässerung als extrem unrealistisch. Verschiedene unabhängige Untersuchungsausschüsse, wie auch derjenige der Regierung, stimmten bei

vielen Kritikpunkten der 'Narmada Bachao Andolan' zu. 1994 ordnete der Oberste Gerichtshof einen vorläufigen Baustopp für das Narmada Projekt an, bis eine endgültige, vernunftbasierte pro oder kontra Entscheidung gefällt sei.

### Die derzeitige Situation - die 90er Jahre

Trotz der vielen verschiedenen Protestbewegungen stellt sich die politische und soziale Situation in Indien in mancherlei Hinsicht als verschlechtert dar. Während der 80er und 90er Jahre hat zunehmend eine materielle Konsummentalität in großen Bevölkerungskreisen Einzug gehalten. Dabei können sich die wenigen Angehörigen der neuen Mittelklasse die "Ikonen der Zeit" wie Farbfernseher, Waschmaschinen, Autos und Designerkleidung leisten; die meisten Menschen in Indien jedoch haben nicht die finanziellen Mittel, auch nur einen Teil ihrer Träume zu realisieren. Der indische Staat favourisiert eine wirtschaftliche Liberalisierungspolitik, die sich den Zwängen der Globalisierung unterwirft und multinationalen Konzernen und ausländischer Finanzhilfe die Tür öffnet, statt sich an den indischen Wirtschaftsrealitäten zu orientieren, die weitgehend gerade einmal vom Subsistenzniveau bestimmt werden. Die Bürgerbewegungen betrachten diese Strategie als einen Ausverkauf des Landes. Sie klagen deshalb verstärkt die fundamentalen Rechte der Menschen ein.

Unter den vielversprechenden neuen Initiativen findet sich eine Reihe von basisorientierten Gruppen. Eine der interessantesten ist die 'Campaign for Citizens Right for Information'. Sie nahm ihre Arbeit als eine Gruppe von Mittelschichtaktivisten im Verein mit lokalen Bauern und Arbeitern in einem rückständigen Gebiet in Westrajasthan auf. Man klagte die weitverbreitete Usance der Korruption an, die es verhindert, daß entwicklungs- und soziale Hilfsprogramme auch tatsächlich die Armen erreichen. Eine Serie öffentlicher Hearings wurde organisiert, in der vor Ort lebende Teilnehmer von ihren Hindernissen berichteten, denen sie in der Entwicklungsarbeit ausgesetzt seien, zum Beispiel in Bezug auf die Förderung des kommunalen Wohnungsbaus, der Nahrungsmittelversorgung, der örtlichen Industrien, von Kindertagesstätten usw. Es kam ans Licht, daß beachtliche Geldbeträge für Entwicklung in ominöse Taschen verschwinden, und nur ein kleiner Teil wirklich zu den eigentlichen Adressaten - die arme Bevölkerung - gelangt. Die Bürgerbewegung verbreitete sich wie ein Lauffeuer über das ganze Land und forderte von allen Ministerien und politischen Institutionen Transparenz

und Verlässlichkeit ein.

Eine andere wichtige Entwicklung im Hinblick auf die Stärkung des "Bürgerstandes" ist seit Mitte der 80er Jahre die Entstehung der Bewegung gegen Kommunalismus, dem 'Movement against Communalism'. Es hatte in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder kommunalistisch motivierte Unruhen in Indien gegeben. Die Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodya 1992 durch einen hindu-radikalen Mob verlieh der kommunalistischen Gewalt jedoch eine neue Dimension. Die Zerstörung fand mit dem Wissen von Regierung und Bürokratie statt und richtete sich pointiert gegen religiöse Minderheiten, gegen die auf übelste Weise Vorurteile geschürt wurden. Die Gewaltexzesse werden von der Mehrheit der Hindus kaum befürwortet. Doch unverantwortliche Politiker wie L.K. Advani und Bal Thackeray schüren den Haß, unterstützt von politischen Parteien und Organisationen wie der 'Bharatiya Janata Party' und der 'Shiv Sena'. Gegen solcherart "Kommunalisierung des politischen Prozesses" hat sich eine bemerkenswerte Bürgerbewegungen, mit prominenten Intellektuellen und Aktivisten gebildet, die ihre Visionen von einem friedlichen Zusammenleben zu verwirklichen suchen: Gruppen wie 'Combat Communalism' oder 'Movement against Communalism'.

Eine weitere Organisation mit dem Namen 'The other Media' hat eine Reihe von indo-pakistanischen Bürgerdialogen initiiert, um dazu beizutragen, die Beziehungen zwischen den Völkern des fragmentierten Subkontinents zu normalisieren.

An der "Kastenfront" existieren machtvolle Artikulationen der Lage der Dalits durch Persönlichkeiten wie Kansha Ilaiah, Gopal Guru und Kumut Paude, die die Strukturen und Hintergründe der Unterdrückung der "Unberührbaren" erhellen und dafür plädieren, das rigide Kastensystem abzuschaffen.

Die Frauenbewegung erlebt zur Zeit ebenfalls eine Renaissance, mit der Gründung einer Dachorganisation aller indischer Frauen-NROs der 'National Alliance of Womens Organisations', Ende 1995. Die Vorbereitungsphase der Weltfrauenkonferenz von Peking, 1993-95, motivierte hunderte Treffen von indischen Frauengruppen, auf denen wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Aspekte behandelt wurden. Dies begünstigte die Diskussion um basisorientierte Themen. Der vitale Diskussionsprozeß erleichterte auch das Durchsickern von Informationen bis ganz nach unten, an die "grassroots". Andere Organisationen befaßten sich mit dem mentalen Wohlbefinden von Frauen, mit Pro-



NROs engagieren sich auf politischer Ebene - sie sind allerdings auch in "kleinem" Rahmen tätig, wie hier bei einer Stadtreinigungsaktion in Hyderabad (Foto: P.V. Sivakumar)

blemen alleinstehender Frauen und den Rechten von Lesben und Schwulen. Die Debatte geht weiter und fokussiert Bereiche wie die Identität von Frauen; Tradition versus Modernität; der gesellschaftliche Status von Hausarbeit und Kindererziehung; und zudem die Ausgestaltung der Beziehung zwischen der Frauenbewegung und den Initiativen der Lohnarbeiter, "Unberührbaren", Adivasi und anderen.

Was die Arbeitnehmerschaft betrifft: erst in den letzten Jahren hat die offiziell gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung auch die Bedeutung der im informellen Sektor Beschäftigten entdeckt, von solchen, die als Heimarbeiter tätig sind (zumeist Frauen und Kinder), Künstler, Fischer, Bauarbeiter und andere. Der 'National Council of Labour' wurde 1994 geboren, um für die Rechte, Bedürfnisse und Forderungen der gerade in diesem Sektor Arbeitenden einzutreten - eine sehr wichtige und überfällige NRO-Neugründung.

Gewerkschaften, NGOs und Wohlfahrtsorganisationen, jeder auf seine Art, haben versucht, die Rechte von Kinderarbeitern zum Gegenstand öffentlicher Diskussion zu machen. In den 90er Jahren intensivierte sich die Kampagne und kristalisierte sich in der Formierung der 'National Coalition against Child Labour', die mehrere hundert Mitgliedsorganisationen umfaßt. Als ein Ergebnis ihrer Aktionen, ist unlängst ein Gesetz verabschiedet worden, welches Kinderarbeit in gefährlichen Bereichen verbietet. Nachhaltige Kampagnen gegen Kinderarbeit in Branchen der Feuerwerks- und Streichhölzerproduktion, der Glas- und Minenindustrie werden kontinuierlich mobilisiert. Rehabilitation und Bil-

dung der großen Anzahl Kinderarbeiter sind eine Herausforderung, die NROs, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung gemeinsam angehen müssen.

Die vielen nicht parteigebundenen politischen Bewegungen haben jüngst einen organisatorischen Erfolg erreicht, in dem sie sich in der Dachorganisation 'National Alliance of Peoples Movements' zusammenschlossen. Dies ist ein Netzwerk von mehreren Dutzend Bürgerbewegungen, die landesweit organisiert sind. Sie besitzen eine starke und breite Basis innerhalb der indischen Bevölkerung.

Die Bürgerbewegungen in Indien sind erwachsen und reif geworden und heute mit einem realistischen Verständnis für Situationen und Strategien ausgestattet. Deshalb kann man in bezug auf deren künftige wichtige Interventionen in die staatliche Politik hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Die Existenz solcher Basisinitiativen ist in unserer gegenwärtigen krisengeschüttelten Situation auch notwendiger denn je.

(Die Autorin ist freie Journalistin und lebt in Delhi; Übersetzung Bernd Basting)